

Wien, am Dienstag, den 16. Februar 1926

Verein zur Abwehr der Ueberbesteuerung. In den heutigen Tagesblättern teilt der Verein zur Abwehr der Ueberbesteuerung mit, dass sich ihm eine Reihe von gewerblichen und industriellen Korporationen angeschlossen haben, um gegen die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe und die Lustbarkeitsabgabe der Gemeinde Stellung zu nehmen. Unter den namentlich aufgezählten diesem Verband angeschlossenen Vereinigungen, wurde auch der Verband der Praterhüttenbesitzer genannt. Die Leitung des Verbandes der Praterhüttenbesitzer hat nun heute dem Wiener Magistrat mitgeteilt, dass dieser Verband sich dem Verein zur Abwehr der Ueberbesteuerung durch die Gemeinde nicht anschliessen wird. Ebenso legt der frühere Bezirksvorsteher Dr. Blasel Wert auf die Feststellung, dass alle Meldungen über seine Person im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit vollkommen unrichtig sind.

Die Gemeinde unterstützt eine Auswanderungsaktion. Die Genossenschaft "Republikanische Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer und der Kriegsoffer" hat mit der Regierung der Sowjetrepubliken einen Vertrag abgeschlossen, wonach an ungefähr tausend nach Russland auswandernde Mitglieder dieser Genossenschaft im Vorstadtrayon der Stadt Ksül-Orda in der Kirgisenrepublik bestimmte Grundflächen verpachtet werden, um diesen Auswanderern die wirtschaftliche Existenz zu sichern. An die Grundverpachtung wurde aber die Bedingung geknüpft, dass für jedes auswandernde Mitglied dieser Genossenschaft 125 Dollar sichergestellt werden. Die Grundflächen sollen nach den Vertragsbestimmungen auf zwanzig Jahre an die Auswanderer verpachtet werden.

Die Genossenschaft hat nun der Gemeinde Wien mitgeteilt, dass die Bundesregierung diese Auswanderungsaktion dadurch fördern wird, dass sie für jedes auswandernde Mitglied, das derzeit die Arbeitslosenunterstützung bezieht, einen Beitrag von achthundert Schilling leisten wird. Für den ersten Teiltransport, der 203 Personen umfasst, beträgt der Beitrag des Bundes 105.600 Schilling. Gleichzeitig ist die Genossenschaft auch an die Gemeinde Wien um eine Beitragsleistung herangetreten.

In der heutigen Sitzung des Wiener Stadtsenats berichtete Magistratsdirektor Dr. Hartl über dieses Ansuchen. Es wurde beschlossen, dass die Gemeinde Wien für jeden nach Wien zuständigen Auswanderer dieser Aktion einen Zuschuss von hundert Prozent zu den auf diesen Auswanderer entfallenden Bundesbeitrag zahlen wird. Daran wurde die Bedingung geknüpft, dass die Beitragsleistung nicht an einzelne Personen, sondern für die Aktion erfolgt. Die Gemeinde hat sich aber noch weiter bereit erklärt, für jede durch diese Auswanderungsaktion frei werdende <sup>Wiener</sup> Wohnung mit mindestens zwei Räumen tausend Schilling zugunsten der Aktion zu zahlen. Es muss aber diese Wohnung dem Wohnungsamt zur freien Verfügung überlassen werden.

Für den ersten Auswanderertransport kommen 41 nach Wien zuständige Personen in Betracht, so dass sich die Beitragsleistung der Stadt Wien vorläufig auf 32.800 Schilling belaufen wird. Die gesamte Aktion soll tausend Personen, davon sechshundert Erwachsene und vierhundert Kinder, umfassen. Der erste Transport soll noch in dieser Woche von Wien abgehen und am 15. März in Ksül-Orda eintreffen. Für April ist bereits ein zweiter Transport geplant. Die Gemeinde wird auch die folgenden Transporte in der gleichen Weise, wie dies beim ersten Transport beschlossen worden ist, finanziell unterstützen.